



zurück Rundschau

Li
R
n

Wofür wir kämpfen

Michael Walzer über die Verteidigung gegen den Terror

In einem offenen Brief haben sich zahlreiche amerikanische Intellektuelle für eine "bewaffnete Verteidigung" der Vereinigten Staaten und für eine Unterstützung von Präsident Bush bei seinem "gerechten Krieg" gegen Terror ausgesprochen (www.americanvalues.org, dokumentiert in der FR vom 14.02.). Unter dem Titel "What we're fighting for" versammeln sich so illustre Namen wie Amitai Etzioni, Francis Fukujama, Samuel Huntington und David Gutman. Bislang fanden sich über sechzig Unterzeichner. Dem Brief in einer Präambel vorangestellt sind fünf allgemein anerkannte "Wahrheiten": Alle Menschen sind von Geburt an frei und gleich in Bezug auf ihre Würde und ihre Rechte; das menschliche Individuum ist die Grundlage jeder Gesellschaft und genießt unbedingten Schutz; alle Menschen streben nach Erkenntnis über den Sinn und die letzten Zwecke des Lebens; die Freiheit des Gewissens, aber auch die Freiheit der Religion gehört zu den unveräußerlichen Rechten; das Töten im Namen Gottes widerspricht der Universalität des religiösen Glaubens. Abschließend heißt es: "Wir kämpfen, um uns und die vorgenannten universalen Prinzipien zu verteidigen." Zu den Unterzeichnern des offenen Briefes gehört auch der Philosoph Michael Walzer. Mit ihm sprach Christian Schlüter.

FR: Wenn sich über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg so viele amerikanische Intellektuelle versammeln: Ist die Bedrohung durch den Terrorismus so groß, die Lage so ernst? Geht es um die letzte Gelegenheit, für liberale Werte einzutreten?

Michael Walzer: Ich sehe keine Gründe, in diesem Zusammenhang von einer "letzten" Gelegenheit zu sprechen. Es wird noch weitere geben. Was die von Ihnen angesprochene Koalition der Intellektuellen angeht: Verschiedene Menschen haben entsprechend unterschiedliche Gründe, sich daran zu beteiligen - was übrigens für jede Koalition gilt. Für mich persönlich geht es dabei um eine Art "popular front".

Wie haben wir das zu verstehen?

In der Folge der Anschläge vom 11. September schien es mir sinnvoll, jenseits der üblichen Trennungslinien, die unser politisches Handeln bis dahin orientiert oder strukturiert haben, eine gemeinsame Grundlage zu finden. Ähnliche Anstrengungen wurden auch während des Zweiten Weltkrieges unternommen.

Gibt es also eine neue, alle Fraktionen übergreifende Einigkeit unter den amerikanischen Intellektuellen?

Weder unterdrücken wir unsere Meinungsverschiedenheiten, noch haben wir uns verpflichtet, in Zukunft keine politischen Auseinandersetzungen mehr

auszutragen. Was die Sozial- und Wirtschaftspolitik in den Vereinigten Staaten angeht, aber auch, was die momentan drängenden Fragen betrifft, denken Sie nur an Bushs Militärtribunale: Wir werden uns auch weiterhin miteinander streiten, in aller Schärfe und Öffentlichkeit.

Bei aller Meinungsvielfalt nehmen Sie doch in Kauf, mit eher philosophischen oder moralischen Argumenten, mit Ihrem wissenschaftlichen Renommee die (außen-)politischen und strategischen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen.

Hat es irgendwen in Europa jemals irritiert, dass einige von uns aus moralischen Gründen gegen den Krieg in Vietnam gekämpft haben? Und zwar auch dann noch, als es durchaus im staatlichen Interesse lag, im Interesse der USA, diesen Krieg zu beenden? Es spielt eine große Rolle, ob für das eigene Handeln vernünftige Gründe vorliegen - oder eben nicht. Die militärische Antwort auf die Anschläge vom 11. September ist aus meiner Sicht vernünftig zu nennen, zumindest bis jetzt. Genauso wichtig ist es allerdings auch, dass militärische Interventionen moralisch gerechtfertigt sind.

Sie unterscheiden hier zwischen vernünftigen und moralischen Gründen?

Intellektuelle, wie übrigens alle Bürger eines staatlichen Gemeinwesens, haben jedes Recht, sowohl vernünftige als auch moralische Gründe für ihr Handeln geltend zu machen. Und nebenbei bemerkt: Man kann doch nicht wirklich überrascht sein von der Idee, für moralische Werte zu "kämpfen"; so zu reden ist durchaus üblich, vor allem auch bei der Linken.

Und das bedeutet im konkreten Fall?

Wenn von einem Krieg in Afghanistan die Rede ist, dann stellt sich doch die Frage: Was bedeutet hier eigentlich "Krieg"? Die Sprache der Politik war lange Zeit durchsetzt von der Sprache des Krieges. Machiavelli ist zu einem guten Teil verantwortlich dafür. Aber diese Invasion durch ein Vokabular des Krieges wurde auch durch andere Faktoren verstärkt. Man denke nur an das unschuldige Wort "Kampagne" - es stammt ursprünglich aus militärischen Handbüchern. Kurzum, wir sollten aufpassen, dass uns bei allem Reden über den Krieg das politische und damit auch das moralische Vokabular nicht abhanden kommt.

Trotz unterschiedlicher Vokabulare: Es wird doch ganz real Krieg geführt.

Wir haben es momentan noch mit einer Situation zu tun, die meiner Meinung nach die Durchführung von eher polizeilich zu verstehenden Maßnahmen rechtfertigt. Nach Afghanistan wird sich allerdings zeigen müssen, ob daraus ein Krieg im engeren und strikteren Sinne dieses Wortes wird. Das entscheidet sich nicht zuletzt auch durch politische Prozesse - von denen ich in der Tat hoffe, dass sich insbesondere die europäischen Länder aktiv beteiligen werden.

Dennoch scheint Ihnen angesichts militärischer Interventionen nicht ganz wohl zu sein. Zu Beginn des offenen Briefes ist auch von Fehlern und Versäumnissen der USA die Rede. Warum die Selbstkritik?

Selbstkritik ist als rhetorische und politische Strategie nicht nur üblich, sondern bisweilen auch notwendig. Im vorliegenden Fall hat sie die Funktion, uns selbst, aber auch allen anderen deutlich zu machen, dass auch in den Vereinigten Staaten nicht alles zum Besten steht und dass es auch in unserem Land noch sehr viel zu tun gibt. Das ist nicht nur als Lippenbekenntnis gemeint. Sie werden schnell feststellen, dass bei der Frage, was genau hier noch zu tun ist, sich bei

den Unterzeichnern des vorliegenden Briefes kaum Einigkeit herstellen lassen wird. Ich persönlich hätte vor allem der wachsenden Ungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit gewünscht.

Wenn sich der Brief an alle richtet, dann auch an islamische Intellektuelle?

An jeden, der ihn liest - wie alle politischen Meinungsäußerungen. Gewiss gibt es islamische Intellektuelle, die unseren "westlichen" Werten wenigstens in Teilen zustimmen. Doch werden sie dafür eine eigene Sprache finden müssen.

Denken Sie noch an die Möglichkeit eines interkulturellen Dialogs?

Ich glaube, dass es in allen großen politischen und religiösen Gemeinschaften hinreichend Ressourcen gibt, um sich über den Wert oder den Sinn von Freiheit, Toleranz und Menschenrechten auseinander zu setzen. Zugegeben: Es gibt unterschiedlich günstige Zeitpunkte und Orte für eine solche Auseinandersetzung.

Und dabei wird es nicht allein um die Verteidigung typisch amerikanischer Werte oder Lebensweisen gehen?

Nein, wir haben nur solange unsere Werte zu verteidigen, solange sie auch den universell gültigen Menschenrechten entsprechen. Mir bleibt nur zu hoffen, dass hierbei keine amerikanische Führung notwendig sein wird. Wie schon gesagt, würde ich es gerne sehen, wenn die Europäer eine größere Rolle spielten. Wenn man allerdings eine solche Rolle beansprucht, muss man zu größeren (nicht nur finanziellen) Anstrengungen bereit sein, was die eigene politische und militärische Macht angeht. Die Erfahrung in Bosnien jedenfalls legt nicht nahe, von einer europäischen Bereitschaft zu unabhängigerem und entschiedenerem Handeln zu sprechen.

Ist es typisch europäisch, angesichts von möglichen Interventionen immer erst die Probleme zu sehen? Etwa den Konflikt zwischen humanitären Zielen und ihrer militärischen Durchsetzung, oder zwischen universellen Werten und den bloß partikularen Interessen einer Weltmacht?

Nicht unbedingt. Solche Konflikte oder Widersprüche kann es immer geben. Das hängt von der konkreten Situation ab. Wenn Sie noch einmal an Bosnien denken: Eigentlich hätte es ein deutliches Interesse Europas geben müssen, zu intervenieren. Meiner Meinung nach konnte nur eine militärische Intervention den Gräueln ein Ende setzen. Dass die USA schließlich eingegriffen haben, hat geholfen, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen.

Das ist die pragmatische Lösung.

Mir erscheint der von Ihnen angesprochene Widerspruch zwischen Universalem und Partikularem nicht entscheidend. Was vielmehr zählt, ist ein Scheitern, ein Versagen in der einen oder anderen Hinsicht - oder in beiden Hinsichten. Und das wiederum entscheidet sich immer nur konkret.

[document info]
Copyright © Frankfurter Rundschau 2002
Dokument erstellt am 19.02.2002 um 21:07:01 Uhr
Erscheinungsdatum 20.02.2002